Hauptvorstand

des Philologenverbands Baden-Württemberg am 5. Dezember 2025

Resolution zur Datengestützten Schulentwicklung

Der Hauptvorstand des PhV BW stellt fest:

Die Landesregierung setzt zur Sicherung der Bildungsqualität in Baden-Württemberg seit 2023 auf das Prinzip der Datengestützten Schulentwicklung.[1] Dabei soll eine stärkere Ausrichtung an wissenschaftlichen Erkenntnissen und an der objektiven Erfassung von Handlungsbedarf für passgenaue Maßnahmen erfolgen.[2] Durch eine Ausrichtung an der Wissenschaft und die Erhebung, Auswertung und Analyse von Daten soll die einzelne Schule Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsqualität ableiten.

In einem ständigen Qualitätsentwicklungsprozess sollen die an der Schule erhobenen Daten in einem Datenblatt festgehalten werden, dessen Analyse zu „Ziel- und Leistungsvereinbarungen“ führt, aus denen dann Maßnahmen abgeleitet werden, deren Umsetzung durch die weitere Erhebung von Daten evaluiert wird, die dann wiederum im aktualisierten Datenblatt zusammengestellt werden usw.

Die Schule soll sich dabei an den im Referenzrahmen Schulqualität definierten Kriterien für guten Unterricht orientieren. Dieser Referenzrahmen wurde vom IBBW entwickelt, während das ZSL die Lehrkräfte durch Fortbildung zu dessen Umsetzung befähigen soll.[3]

Die Datengestützte Schulentwicklung ist in vielerlei Hinsicht fragwürdig:

1. Mehrarbeit ohne zusätzliche Ressourcen

Zusätzliche schulische Maßnahmen zur Steigerung der Bildungsqualität erzeugen Mehraufwand und Mehrarbeit der Lehrkräfte. Lehrkräfte sind aber durch den Unterrichtsbetrieb schon jetzt bis zu ihrer Leistungsgrenze und zum Teil darüber hinaus gefordert. Es muss deshalb das Prinzip der Aufgabenneutralität gelten: Zusatzaufgaben können von der Schule nur bewältigt werden, wenn dafür entweder an

---

[1] Vgl. die Informationen des KM zum Thema unter https://km.baden-wuerttemberg.de/de/schule/datengestuetzte-qualitaetsentwicklung

[2] Vgl. die Informationen des ZSL hierzu unter https://zsl-bw.de/,Lde/Startseite/im-fokus/im-fokus-datengestuetzte-qualitaetsentwicklung

[3] Vgl. die Informationen zum Qualitätsrahmen unter https://ibbw-bw.de/,Lde/Startseite/Systemanalysen/Referenzrahmen+Schulqualitaet

anderer Stelle Aufgaben wegfallen oder aber die erforderlichen Zusatzressourcen in Form von Anrechnungsstunden zur Verfügung gestellt werden.

2. Fehlende Wissenschaftsbasierung

Die angestrebte Wissenschaftsbasierung ist eine Illusion, da die Ableitung von Maßnahmen und deren Evaluation an der Schule nicht wissenschaftlich begleitet werden, sondern ad hoc, sozusagen aus dem Bauch heraus geschehen. Das Datenblatt zeigt zwar ggf. Defizite auf, die Gründe für diese Defizite werden aber nicht wissenschaftlich erhoben und die ergriffenen Maßnahmen nicht wissenschaftlich evaluiert. Es bleibt im Ungewissen, ob Defizite an den Schülerinnen und Schülern, den Lehrkräften, den Unterrichtsmethoden, den Rahmenbedingungen oder etwas ganz anderem liegen. Echte Wissenschaftsbasierung würde Interventionsstudien mit Kontrollgruppen erfordern. In empirischen Doppelblindstudien könnten unterschiedliche pädagogisch-didaktische Maßnahmen wissenschaftlich auf ihre Wirksamkeit überprüft werden können. All das geschieht zurzeit nicht im Schulalltag. Abgesehen davon gibt es „die“ Bildungswissenschaft nicht: Es herrscht dort selbst in Grundsatzfragen oft kein Konsens, z. B. zur Rolle digitaler Medien, zur Rolle der Lehrkraft, zum längeren gemeinsamen Lernen versus gegliedertem Schulwesen oder zur Wirksamkeit von Ganztag oder Inklusion.

3. Fragwürdige Übertragung von Controlling-Methoden auf den Bildungsbereich

Es handelt sich bei Datenblatt und Zielvereinbarung um die fragwürdige Übertragung von Controlling-Methoden aus Wirtschaft und Industrie auf den Bildungsbereich. Der „Output“ d.h. „Bildungserfolg“, kann nur angestrebt, nicht mechanisch erzwungen werden, da das „Material“ (die Schülerschaft) nicht standardisiert werden kann und die Rahmenbedingungen mit entscheidend sind, aber kaum in die Betrachtung einfließen. „Vereinbarungen“ sind in diesem Zusammenhang ein Euphemismus, es geht de facto um „Vorgaben“. Zusätzliche Bildungsangebote erfordern zusätzliche Ressourcen, die aber nicht gewährt werden. Zudem wird die Perspektive des Personals (d.h. der Personalrat) nicht ausreichend berücksichtigt. Stattdessen handelt es sich um eine Abschichtung der Verantwortung für gute Bildungsbedingungen von oben (Politik / Schulaufsicht) nach unten (Schule, Lehrkräfte).

4. Machbarkeitswahn

Die Wirkmacht von Fortbildungen oder Zielvereinbarung ist begrenzt, wenn die Rahmenbedingungen nicht verbessert werden. Es müssten vielmehr die Klassen verkleinert werden, die Unterrichtsverpflichtung abgesenkt, die Räumlichkeiten vieler Schulen besser ausgestattet werden usw., wenn der Bildungserfolg signifikant verbessert werden soll.

5. Fatale Rollenumkehr

Im Rahmen der Datengestützten Schulentwicklung finden zentrale „Erhebungen“, d.h. online gestützte Befragung, zum Wohlbefinden der Schülerschaft und der Qualität des Unterrichts statt. Dadurch wird die Schülerin, der Schüler zum Beurteiler, die Lehrkraft zum Beurteilten. Gruppendynamisch wird so zu einer Veränderung der

Erwartungshaltung der Schülerschaft beigetragen: Die Verantwortung für Lernerfolg und Wohlbefinden liegen anscheinend allein bei der Lehrkraft. Dies befördert nicht die Lern- und Anstrengungsbereitschaft der Schülerschaft und schafft Fehlanreize für Lehrkräfte, die sich womöglich weniger auf den Bildungserfolg als vielmehr das Wohlbefinden der Schülerschaft konzentrieren, um bei der Erhebung gut abzuschneiden. Das würde die Unterrichtsqualität mindern.

6. Begrenzte Aussagekraft der erhobenen Daten

Bei der Datengestützten Schulentwicklung werden nur bestimmte Daten und deshalb nur ein begrenzter Bereich dessen, was „Bildung“ ausmacht betrachtet. Musisch-kulturelle Bildung, Persönlichkeitsbildung, Schulleben in Projekten und AG spielen keine oder kaum eine Rolle. Hinzu kommt ein Pseudo-Wettbewerb von Bildungseinrichtungen um zentral festgelegte Planziele. Dadurch entsteht Konformitätsdruck statt Vielfalt in der Bildungslandschaft. In der Summe wird der Bildungsbegriff unzulässig verengt.

7. Fehlsteuerung durch falsche Anreize

Lehrkräfte können Schüler auf Vergleichsarbeiten trainieren, damit die Schule bei Lernstand 5 oder VERA 8 besser abschneidet. Sie können bessere Noten geben und auf Konferenzen die Versetzung beschließen, um Planziele wie niedrige Wiederholerquoten zu erfüllen. Das alles erhöht aber nicht den Bildungserfolg der Schülerschaft. Diese Fehlsteuerung erinnert an die Mängel sozialistischer Planwirtschaft.

8. Unklare Ziele

Es bleibt unklar, was im Rahmen der Datengestützten Schulentwicklung Bildungsqualität ausmacht: Wenn mehr Schüler Abitur machen? Wenn die (Abitur-)Noten besser werden? Auch das Ziel der Bildungsgerechtigkeit ist unklar: Besteht sie darin, dass mehr Schüler nach der Grundschule aufs Gymnasium wechseln? Darin, dass kein Schüler sitzenbleibt? Dass möglichst alle Schüler Abitur machen?

Daher fordert der PhV BW:

- **Vertrauen statt Controlling:** Bildung kann nicht mit technokratischen Controlling-Methoden gesteuert werden. Bildung braucht eine Vertrauens- statt einer Kontrollkultur.
- **Ressourcen statt Vermessung**: Schulen brauchen Ressourcen für Begleitung und Förderung statt Vermessung und Kontrolle. Schule braucht Ressourcenzuweisung statt Verantwortungsdelegation von oben nach unten.
- **Menschen statt Daten**: Statt Zahlen und Daten muss Schulentwicklung wieder die Menschen, d.h. die Schülerschaft und die Lehrkräfte, in den Fokus nehmen.
- **Echte Wissenschaftlichkeit**: Wenn Schulen sich wissenschaftsbasiert entwickeln sollen, muss dies durch wissenschaftliche Interventionsstudien begleitet werden.
- **Realismus statt Machbarkeitswahn**: Bildung ist kein Produkt, das mit technokratischen Mitteln „erzeugt“ werden kann, sondern das Ergebnis

sozialer Interaktion und individueller Lernwege, für die optimale Bedingungen an den Schulen geschaffen werden müssen, damit Lehrkräfte ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag bestmöglich erfüllen können.

- **Humanistisches Bildungsverständnis**: Der Philologenverband vertritt das humanistische Menschenbild (Individuum, Freiheit, Menschenwürde) und das humboldtsche Bildungsideal (Bildung als Persönlichkeitsentwicklung, Weg zur Menschwerdung). Das Ziel von Bildung ist die Persönlichkeitsentwicklung, die möglichst breite Entfaltung der Talente und Potenziale der Schülerinnen und Schüler, die Erziehung Jugendlicher zu selbstverantwortlichen, wertorientierten und mündigen Bürgern.

Philologenverband Baden-Württemberg

Hauptvorstand am 05.12.2025 in Stuttgart